

der Macht: das militärische. Darin ist sie schwächlich und daran ändert auch der Verfassungsentwurf nichts entscheidendes. Vielleicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten, wer weiss. Aber nicht unmittelbar. Gegenwärtig ist die EU machtpolitisch, so wie Japan, ein Riese auf tönernen Füßen. Stellen Sie sich vor, Xavier Solana hätte Charles Taylor aufgefordert, Liberia binnen 48 Stunden zu verlassen. Er hätte nur Schmunzeln geerntet. Den amerikanischen Präsidenten hat keiner ausgelacht, weil niemand zweifelte, dass die Vereinigten Staaten, so sie es wollten, der Forderung hätten Nachdruck verleihen können.

Daran ist auch der Entscheidungsprozess der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) schuld, der nicht geeignet ist, in wirklich bedeutenden Fragen eine *europäische* Aussenpolitik herbeizuführen. Ich halte das für eine Mentalitätsfrage, die vermutlich nur in Generationen, durch das Zusammenleben der Völker in Europa überwunden werden kann. Solange die Mitglieder der EU, insbesondere die grossen, überzeugt sind, *eigene*, von den anderen verschiedene, aussenpolitische Interessen zu haben und sichern zu müssen, statt zu begreifen, dass sie in der Welt nur *aktiv* mitspielen können, wenn sie sich auf gemeinsame europäische Interessen besinnen, auch wenn das die gelegentliche Zurückstellung von angenommenen eigenen Interessen bedeutet, solange wird es keine GASP geben, die diesen Namen verdient. Falls man unter den gegebenen Umständen aber zumindest eine schrittweise Verbesserung anstrebt, so heisst das – und Sie werden das nicht gerne hören: Wenn die kleineren Mitglieder der EU in der GASP kein Direktorium der grossen akzeptieren, und damit meine ich eine Stimmgewichtung bei Mehrheitsentscheidungen im Rat, durch die die vielen Kleinen die Grossen nicht zu etwas zwingen können, was diese wegen ihrer vermeintlichen Interessen nicht tun wollen, so wird es in globalen sicherheitspolitischen Fragen auch künftig nicht einmal eine moderat effiziente GASP geben. Sie glauben doch nicht wirklich, um nur ein Beispiel zu nennen, dass Frankreich oder das Vereinigte Königreich nach ihrem gegenwärtigen Interessenverständnis bereit sein werden, sich von der Mehrheit der Kleinen Direktiven geben zu lassen, wie sie im Sicherheitsrat abzustimmen haben?